Ein Land für alle!

Wahlprogramm für die Landtagswahl
in Sachsen-Anhalt am 20. März 2011

DIE LINKE.

Inhalt

Vorwort 3

Umsteuern auf EU- und Bundesebene notwendig 6

Chancen nutzen – unser Land gestalten 8

I. Für Bildung und soziale Chancengleichheit – Armut verhindern – Integration verbessern 10

Das Recht auf Bildung von Anfang an 10

Auf dem Weg zum längeren gemeinsamen Lernen – Sekundarschulen stärken 11

Für ein gesundes und bezahlbares Mittagessen für alle Kinder in Kita und Grundschule 12

Förderung und Integration in Schule und Berufsausbildung verbessern 12

Studieren ohne Barrieren – Innovationsfähigkeit ausbauen 13

Voraussetzungen für Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt schaffen 14

Armut und Ungerechtigkeit verhindern – Sozialziele vereinbaren 15

Konkrete Hilfe für Drogenabhängige statt Kriminalisierung 15

Für eine gute ärztliche Versorgung 16

Vielfältige Lebensweisen gleichstellen 16

II. Soziale Verantwortung beginnt vor Ort – Städte und Gemeinden stärken – Keine Region abhängen – Bürgerbeteiligung ausbauen 17

Für starke Kommunen – Bürgerbeteiligung ausbauen 17

Selbstbestimmt und aktiv im Alter 18

Über Bildung mehr vor Ort entscheiden – Jugendarbeit langfristig sichern 19

Teilhabe an sportlichen Angeboten für alle Menschen sichern 19

Zugang zum schnellen Internet überall ermöglichen 20

Ein solidarisches Kulturfördergesetz auf den Weg bringen 20

Sozialtickets für einkommensschwache Personen flächendeckend einführen und bezuschussen 21

Gutes, sicheres und bezahlbares Wohnen für alle 21

Verbraucherschutz geht alle an 22

III. Standorte fördern – Öffentlichem Dienst eine Zukunft geben – Mindestlöhne durchsetzen – Öffentlich geförderte Beschäftigung schaffen – Erneuerbaren Energien Vorrang geben 23

Von der Unternehmensförderung zur Standortförderung 23

Für eine stärkere Tarifbindung und Mindestlöhne 24

Sachsen-Anhalt als attraktiver Arbeitgeber – 1200 zusätzliche Neueinstellungen notwendig 25

Öffentlich geförderte Beschäftigung mit Mindestlohn 26

Vorrang für erneuerbare Energie 27

Entwicklung der ländlichen Räume 28

IV. Bürgerrechte schützen – Zivilgesellschaft stärken – Rechtsextremismus bekämpfen 30

Öffentliche Sicherheit und die Wahrung der Grundrechte gehören zusammen 30

Öffentliche Daten auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen 30

Integration statt Ausgrenzung – Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten 31

Stärkung der Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus 32

V. Demokratisierung der Haushaltspolitik – mit Verschuldung verantwortungsbewusst umgehen 34

Vorwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts,

am 20. März 2011 sind Sie aufgerufen, den Landtag unseres Bundeslandes neu zu wählen. In den vergangenen Jahren haben immer weniger Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. 2006 waren es gerade noch 44 Prozent, die ihre Stimme abgaben. Diese Entwicklung sehen wir mit Sorge, die Gründe dafür sind vielfältig. Vor allem ist die Skepsis gegenüber den politischen Parteien und den demokratischen Strukturen gewachsen. Gleichzeitig engagieren sich jedoch viele ehrenamtlich in Vereinen und Initiativen, leisten sozial und kulturell wichtige Arbeit, bringen sich ein in lokale und regionale Aktionen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz. Zahlreiche Existenzgründungen der letzten Jahre haben Innovationen hervorgebracht und Arbeitsplätze geschaffen. Hunderttausende Beschäftigte im Öffentlichen Dienst, in den großen und vielen kleinen Unternehmen erarbeiten tagtäglich die wirtschaftliche und finanzielle Basis für unser Gemeinwesen. Aber viele andere bemühen sich teils seit Jahren vergeblich um eine Chance auf dem Arbeitsmarkt und damit auf wirkliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise hat uns allen dramatisch vor Augen geführt, was geschieht, wenn nicht mehr die demokratischen Institutionen über unsere gemeinsame Zukunft entscheiden, sondern die allmorgendliche Öffnung der Börse den Takt vorgibt. DIE LINKE streitet seit vielen Jahren für die Wiedererlangung des Primats der Politik gegenüber der Ökonomie – und damit um das Gewicht Ihrer Stimme bei den gesellschaftlichen Entscheidungen. Abgeordnete und Regierungen sind Ihnen gegenüber zur Rechenschaft verpflichtet, sie werden von Ihnen im Amt bestätigt oder abgewählt. Auf die Besetzung der Vorstandsetagen der großen Unternehmen haben Sie jedoch keinen Einfluss. Die Stärkung der Politik beginnt im Kleinen – hier vor Ort, in den Gemeinden, bei uns im Land. Nicht zuletzt darum geht es auch bei dieser Landtagswahl. Am 20. März 2011 haben Sie die Chance, ein Zeichen zu setzen für mehr demokratische Kontrolle und weniger Markthörigkeit.

Wahlen sind der Zeitpunkt, Bilanz zu ziehen über die Arbeit der vergangenen Jahre und vor allem aufzuzeigen, welche Ziele und Vorhaben vor uns liegen. Mit unserem Wahlprogramm unterbreiten wir Ihnen unser landespolitisches Angebot. Wir wissen, ein grundsätzlicher Wandel in der Politik ist dringend notwendig: soziale Gerechtigkeit, demokratische Mitbestimmung und eine friedliche Außenpolitik bedürfen auch einer Richtungsänderung auf der Bundesebene. Dafür streitet DIE LINKE. Dafür haben Sie uns bei der letzten Bundestagswahl zur stärksten Partei in Sachsen-Anhalt gemacht. Für uns ist dieses Votum Auftrag und Verpflichtung. Die Überwindung der entwürdigenden Hartz-Gesetze, die Verankerung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes, der Kampf gegen die Rente erst ab 67 und das Engagement für eine friedliche Außenpolitik bleiben für uns unabdingbar. Am 20. März 2011 geht es um beides. Es geht um eine sozial

gerechtere Politik hier in Sachsen-Anhalt, und es geht gleichermaßen darum, dass wir eine Landesregierung bekommen, die endlich engagiert die Interessen der Menschen in unserem Land auf der Bundesebene vertritt.

Wir als LINKE wollen ein Sachsen-Anhalt für alle. Keiner darf zurückgelassen, keine Region darf abgehängt werden. Wir wollen eine Stärkung des Öffentlichen, wo andere den schlanken Staat predigen. Wir wollen, dass allen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht wird. Ob es die hohen Hürden beim Zugang zu Angeboten der Bildung oder Kultur betrifft, ob es um die Sicherung der Mobilität für Jung und Alt geht oder um gute Löhne für gute Arbeit – all das entscheidet darüber, wie gerecht die Chancen für den persönlichen Lebensweg verteilt sind. Wir knüpfen dabei an den realen Lebensbedingungen der Menschen an, ohne auf haltlose Versprechen zu setzen. Chancengleichheit und mehr soziale Gerechtigkeit, nachhaltiges Wirtschaften und die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge sind für DIE LINKE die Gradmesser politischen Handelns. Daran haben wir uns auch bei der Formulierung unserer wichtigsten Vorhaben für die nächsten fünf Jahre orientiert. Es geht uns vor allem um:

- die Wiedereinführung des Rechtsanspruches auf ganztägige Betreuung in den Kitas für alle Kinder, denn auf den Anfang kommt es an,

- die Beendigung der sozialen Schieflage im Bildungssystem durch längeres gemeinsames Lernen und die individuelle Förderung jedes Kindes – in einem ersten Schritt zu diesem Ziel wollen wir vor allem die Sekundarschulen stärken,

- ein gesundes und bezahlbares Mittagessen für alle Kinder in den Kindertagesstätten und Grundschulen, weil dies für viele Familien bisher nicht finanzierbar ist,

- einen öffentlichen Dienst, der eine Zukunft hat, jungen Menschen eine Perspektive bietet und als wichtigste Säule notwendiger Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger leistungsfähig bleibt,

- eine stärkere Tarifbindung und Mindestlöhne, insbesondere durch ein Vergabegesetz öffentlicher Aufträge, damit die öffentliche Hand durch ihre Auftragsvergabe nicht weiter Lohndumping unterstützt,

- den Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der im Gegensatz zur Bürgerarbeit einen wirklichen Ausweg aus Hartz IV bietet und in dem gleichzeitig wichtige Arbeit geleistet werden kann,

- starke und handlungsfähige Städte und Gemeinden, weil dort hautnah und unmittelbar über den Lebensalltag aller entschieden wird,

- einen Ausbau der Möglichkeiten direkter Demokratie, denn Bürgerinnen und Bürger sollen mehr als nur alle paar Jahre in wichtige Entscheidungen eingreifen können,

- die flächendeckende Einführung von Sozialtickets für Bus und Bahn, denn alle, ob jung oder alt, ob mit oder ohne Auto, haben ein Recht, Bildungs-, Kultur- oder Dienstleistungsangebote erreichen zu können,

- die schrittweise Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen, um deren selbstverständliche Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermög-

lichen und auch ihre vielfältigen Potenziale für das Gemeinwohl nutzbar zu machen,

- den Vorrang für erneuerbare Energien und Klimaschutz, denn ökologisches Handeln ist nicht nur eine Sache von Klimagipfeln, sondern muss vor Ort beginnen,

- den Schutz der Bürgerrechte, ohne die öffentliche Sicherheit zu vernachlässigen,

- die Aufhebung der Residenzpflicht und die Abkehr von Sammelunterkünften für Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten, denn es geht um Integration statt Ausgrenzung,

- den entschiedenen Kampf gegen jede Form von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, machen Sie sich Ihr eigenes Bild. Mit unseren Vorschlägen und Konzepten wollen wir in den kommenden Monaten Verlässlichkeit unter Beweis stellen, neues Vertrauen in Politik aufbauen und mit glaubwürdigen Angeboten Menschen gewinnen und motivieren, sich in gesellschaftliche Entscheidungen einzubringen und sich für ihre Interessen zu engagieren.

Veränderung braucht Beteiligung. Wir setzen auf Ihr Engagement!

Umsteuern auf EU- und Bundesebene notwendig

Auch wenn die Rahmenbedingungen für landespolitische Entscheidungen derzeit nicht zum Besten stehen – wenn der politische Wille vorhanden ist und handlungsfähige Mehrheiten gefunden werden, ist vieles machbar. Dennoch: Langfristig sind Länder und Kommunen auf einen Richtungswechsel im Bund und auch in der Europäischen Union angewiesen.

■ Die öffentlichen Haushalte stoßen seit Jahren an ihre Grenzen. Steuersenkungen für Bestverdienende und die großen DAX-Unternehmen haben Löcher gerissen, die durch Einsparungen nicht zu schließen sind und die Sicherung der notwendigen Aufgaben zunehmend erschweren. Das gleichzeitig beschlossene Schuldenverbot klingt zwar gut, ist aber nur mit weiteren drastischen Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich durchsetzbar. DIE LINKE lehnt diese Politik entschieden ab. Wir sind davon überzeugt, dass eine Politik für mehr soziale Gerechtigkeit und Teilhabe aller langfristig nur mit höheren Einnahmen der öffentlichen Hand zu machen ist. Unsere Vorstellungen dafür liegen auf dem Tisch. Eine höhere Besteuerung von Vermögen, großen Erbschaften und Börsengeschäften sowie eine gerechte Reform der Einkommensteuer sind keine linken Utopien, sondern ein Gebot der Vernunft. Gleichzeitig geht es uns um eine gerechte Verteilung der Steuereinnahmen auf Bund, Länder und Kommunen.

■ CDU und FDP haben freudig das fortgesetzt, was auch mit ihrer Unterstützung bereits durch die Regierung Schröder begonnen wurde. Der Sozialstaat wird nach wie vor Stück für Stück geschleift, Leistungen der Sozialversicherungen werden gekürzt und Niedriglöhne staatlich befördert. Eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Grundsicherung statt Hartz IV, eine armutsfeste Rente statt realer Rentenkürzungen und eine gerechte Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege statt Kopfpauschale können nur durch eine andere Politik auf Bundesebene realisiert werden. Landespolitik ist gefordert, die für viele Menschen immer belastenderen Auswirkungen des Sozialabbaus der Bundesregierung mindestens zu mildern.

■ Bildung ist in der Bundesrepublik Ländersache. Jedoch darf sich der Bund nicht aus seiner Verantwortung stehlen. Das mit der Föderalismusreform beschlossene Verbot der Kooperation von Ländern und Bund in Bildungsfragen lehnen wir ab. Darüber hinaus halten wir einen Bildungsfinanzausgleich, der die Bildungsfinanzierung zwischen Bund und Ländern regelt, für unverzichtbar. Zugleich streben wir auf der Bundesebene eine Reform der Ausbildungsförderung an.

■ Jahrelang hat sich die Bundesrepublik als Exportweltmeister gefeiert. Vernachlässigt wurde aber in sträflicher Weise die Binnenkonjunktur, von der schließlich die meisten Arbeitsplätze abhängen. Ständige Lohnkürzungen, die Ausweitung des Niedriglohnsektors und der schlecht bezahlten Leiharbeit haben die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger abgewürgt. Leidtragende waren nicht

zuletzt die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen und Einzelhändler hier vor Ort, weil Aufträge aufgrund der sinkenden Einkommen ausblieben. Dazu kommt, dass sich der Staat zunehmend als wichtiger Investor zurückzog. DIE LINKE hält diese Entwicklung sozial- und vor allem auch wirtschaftspolitisch für fatal. Wir wollen den Niedriglohnsektor durch die Einführung eines bundesweit flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes und die strenge Begrenzung von Leiharbeit austrocknen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen, die Vollzeit arbeiten, nicht in Würde von ihrer Hände Arbeit leben können und stattdessen als so genannte Aufstocker zum Amt müssen. Seit langem fordert DIE LINKE zudem ein bundesweites öffentliches Investitionsprogramm, um die Binnenkonjunktur zu beleben und zusätzliche Aufträge auszulösen.

■ Die Europäische Union ist stark auf wirtschaftliche Freiheiten ausgerichtet, der soziale Ausgleich für die Menschen wird jedoch vernachlässigt. DIE LINKE fordert eine soziale und demokratische EU, die soziale Grundrechte nicht der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit von Unternehmen unterordnet. Dies soll durch die Einführung einer »sozialen Fortschrittsklausel« im Verfassungsvertrag der EU geschehen. Der soziale Ausgleich muss auch im Vordergrund der kommenden Strukturfondsförderperiode ab 2014 stehen. Deshalb wird sich DIE LINKE für die Fortführung der europäischen Regionalförderung für Sachsen-Anhalt einsetzen.

■ Im Herbst 2009 wurden auf deutschen Befehl nahe Kunduz mehr als 140 Zivilisten getötet. Krieg scheint wieder ein akzeptiertes Mittel der Politik zu werden, nicht nur in Afghanistan. DIE LINKE ist konsequente Friedenspartei und fordert die sofortige Beendigung aller Kriegseinsätze der Bundeswehr. Alle Umfragen bestätigen: Die Mehrheit der Menschen teilt dieses Ziel. Dennoch entscheiden die regierenden Parteien immer wieder aufs Neue entgegengesetzt. Wir unterstützen darum lokale Initiativen – ob gegen den Gefechtsübungsplatz in der Colbitz-Letzlinger Heide oder die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle – gegen eine weitere Militarisierung der Außenpolitik und stattdessen hin zu einem beharrlichen deutschen Friedensengagement und fordern eine grundlegende Kurskorrektur der Bundesregierung.

Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, um in Sachsen-Anhalt eine Politik für mehr soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche und ökologische Vernunft und demokratische Mitbestimmung zu gestalten. Dafür wollen wir Mehrheiten gewinnen und die nächste Landesregierung führen. Sachsen-Anhalt braucht eine Landesregierung, die im Bundesrat und gegenüber der Europäischen Union eine starke Stimme für einen Politikwechsel ist.

Chancen nutzen – unser Land gestalten

Sachsen-Anhalt hat große Chancen und Potenziale. Zuallererst sind dies die Menschen, die hier leben. Darauf setzen wir, auf ihre Erfahrungen und Fähigkeiten. Seit 1990 haben wir gemeinsam in Sachsen-Anhalt vieles geschafft, schwierige Veränderungen bewältigt, neue Impulse wie in den erneuerbaren Energien gegeben oder erfolgreich an lange Traditionen wie der chemischen Industrie angeknüpft. Unsere Hochschulen und Institute können Motor sein für die Entwicklung unseres Bundeslandes. Und schließlich: Sachsen-Anhalt ist eine reiche Kulturregion.

Gleichermaßen wissen wir: Viele Menschen haben mittlerweile resigniert. Viele wurden seit Jahren aufgrund ihrer schwierigen sozialen Situation und fortdauernder Arbeitslosigkeit an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Andere kämpfen in prekären Beschäftigungen zu Niedriglöhnen mit den Folgen der neoliberalen Politik der letzten Jahre. Demografischer Wandel und abnehmende Bevölkerungszahlen stellen gerade die ländlichen Regionen des Landes vor schwierige Herausforderungen. Potenziale liegen brach, weil Barrieren beim Zugang zu Arbeit, Bildung, Wissenschaft und Kultur vor allem junge Menschen davon abhalten, ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen und ihre Fähigkeiten und ihre Kreativität zu entfalten – für ihre persönliche Zukunft und damit auch für Sachsen-Anhalt.

Kinderarmut hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Fast ein Drittel aller Kinder unter 15 Jahren und 16 Prozent aller jungen Menschen von 15 bis 25 Jahren leben in Sachsen-Anhalt von Hartz IV. In Halle leben 38 Prozent der Kinder in Bedarfsgemeinschaften, in Magdeburg sind es 35 Prozent. Im Salzlandkreis ist jeder fünfte Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren Hartz-IV-Beziehender. Insgesamt liegt die Armutsquote in Sachsen-Anhalt seit Jahren über dem Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer. Armut im Alter aufgrund dauerhaft niedriger Einkommen oder unterbrochener Erwerbsbiografien und dadurch geringer Rentenansprüche ist schon heute vorprogrammiert. Bereits jetzt müssen sich 60 000 Menschen über 60 Jahre im Niedriglohnsektor zusätzlich verdingen, um trotz Rente oder Altersruhegeld ihr Überleben zu sichern.

Sachsen-Anhalt hat in den letzten Jahren eine widersprüchliche Entwicklung genommen. Auf der einen Seite haben sich durch den engagierten Einsatz von Investoren, Unternehmerinnen und Unternehmern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die wirtschaftlichen Eckdaten im Trend der neuen Bundesländer bewegt. Die Zahl der Beschäftigten im Land ist seit 2000 trotz Bevölkerungsrückganges annähernd konstant. In den letzten Jahren sind neue Branchen, wie erneuerbare Energien oder Verbundwerkstoffe, entstanden, andere wie die Automobilzulieferer oder die Land- und Ernährungswirtschaft konnten sich stabilisieren. Die ansonsten als Nachteil empfundene Kleinteiligkeit der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt und der unterdurchschnittliche Anteil am Export halfen vorübergehend den klein- und mittelständischen Unternehmen in der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten beiden Jahre.

Auf der anderen Seite: Die Erfolgsmeldungen der Landesregierung in den letzten Jahren zeigen nur die halbe Wahrheit. Wer geringe Lohnstückkosten als Standortvorteil preist, vergisst, dass sich das Einkommensniveau in Sachsen-Anhalt im unteren Bereich bewegt. Im Land gibt es rund eine Million Arbeitsplätze, aber nur 60 Prozent davon sind unbefristete und sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeitsplätze, 250 000 sind nicht versicherungspflichtig. 77 000 Beschäftigte sind zur Sicherung ihrer Existenz zusätzlich auf staatliche Transferleistungen angewiesen. Seit Jahren wird der Rückgang der Arbeitslosigkeit gepriesen. Der Anteil an Langzeiterwerbslosen bleibt jedoch ungebrochen hoch. Bei prekären Beschäftigungsverhältnissen und Leiharbeit hat Sachsen-Anhalt einen unrühmlichen Spitzenplatz eingenommen.

Beklagt wird der Fachkräftemangel, andererseits wurde aktuell nur der Hälfte der Auszubildenden ein Arbeitsplatz im Ausbildungsbetrieb angeboten. Jungen Leuten fehlen in Sachsen-Anhalt Arbeitsplätze, die ihnen und ihren Familien eine planbare Perspektive, ein ordentliches Einkommen und Karrierechancen bieten.

Seit 2007 tagte der vom Landtag eingesetzte Bildungskonvent. Nach Jahren wechselnder bildungspolitischer Richtungen bestand im Land das Bedürfnis nach einer grundsätzlichen Verständigung über einen gesellschaftlich breit getragenen Weg zu besserer Bildung in Kita und Schule in Sachsen-Anhalt. DIE LINKE hat sich in diesen Bildungskonvent sachlich und engagiert eingebracht. Wir haben als LINKE in vielen Positionen Bestätigung gefunden: bei der Ermöglichung frühkindlicher Bildung für alle Kinder, der Stärkung und weiteren Profilierung der Sekundarschulen und auch der Öffnung zu längerem gemeinsamen Lernen. Dass es gelungen ist, über viele Bereiche und Interessengruppen hinweg auch in sehr umstrittenen Fragen einen Kompromiss zu finden, schätzen wir nicht gering. Daran gilt es ab 2011 anzuknüpfen. Klar ist schon heute: mehr Chancengleichheit in der Bildung – das ist ein Ziel, dem sich die große Mehrheit verpflichtet fühlt.

Nach fast einem Jahrzehnt CDU-geführter Landesregierungen ist es höchste Zeit für den Neubeginn. Die Koalition aus CDU und SPD ist kaum mehr als ein Zweckbündnis, aktive Gestaltung von Politik findet nicht statt, das Land wird nur verwaltet. Differenzen innerhalb der Koalition lähmen, wo zupackende Entscheidungen gefragt sind. Das wird den Erwartungen an Politik und den aktuellen Herausforderungen jedoch keineswegs gerecht.

I. Für Bildung und soziale Chancengleichheit – Armut verhindern – Integration verbessern

Das Recht auf Bildung von Anfang an

Bildungsangebote in der frühen Kindheit sind ein wichtiges Fundament für die gesamte Bildungsbiografie und damit für die Chancen auf ein selbstbestimmtes, erfülltes Leben, eine erfolgreiche Erwerbskarriere und für die Teilhabe an der Gesellschaft insgesamt. DIE LINKE sieht auch für die Jüngsten erhebliche Potenziale im Lernen und Spielen mit anderen Kindern. Jedes Kind kann hier vielfältige Impulse empfangen, um Neues zu entdecken und soziales Verhalten zu erlernen. Wenn Kinder in Gruppen unter professioneller Anregung zusammen sein können, ist das nicht schlechthin ein Ersatz für elterliche Erziehung und Bildung, sondern eine unverzichtbare Ergänzung.

Mit großer Sorge sehen wir, dass viele Kinder in Verhältnissen aufwachsen müssen, die von Problemen, von Entbehrungen und Belastungen ihrer Eltern deutlich geprägt werden. Allein in Magdeburg sind derzeit etwa 55 Prozent der Neugeborenen Kinder, die in so genannten Bedarfsgemeinschaften leben müssen. Dass gerade für sie die Möglichkeiten und Chancen zur Teilnahme an Angeboten der Kinderbetreuung, Förderung und Bildung eingeschränkt sind, weil Mutter oder Vater keine Arbeit finden, ist nicht hinnehmbar. Während die Gebühren in öffentlichen Kindereinrichtungen für diese Kinder meist durch die Jugendhilfe gewährt werden, werden ihre Bildungschancen aber durch das Land auf maximal fünf Stunden beschnitten. Eine Einschränkung, die in nicht wenigen Fällen fatale Folgen hat. Armut und niedrige Bildung laufen Gefahr, vererbt zu werden. Der Aufstieg aus prekären Verhältnissen wird immer schwieriger.

Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden – und das schon am Anfang der Entwicklungs- und Bildungsbiografie. Deshalb tritt DIE LINKE nachdrücklich dafür ein, dass jedes Kind das Recht hat, alle Angebote der Kindereinrichtung zu nutzen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir die Kindereinrichtungen so fördern, dass sie die personellen Voraussetzungen schaffen können, für alle Kinder, deren Eltern es wünschen, einen Ganztagsplatz in ausreichender Qualität vorzuhalten. Es geht nicht nur um ein verlängertes Aufenthaltsrecht – es geht um interessantere Spielangebote, anregende Erlebnisse im kulturellen und musischen, technischen, naturwissenschaftlichen, im sportlichen und in anderen Bereichen. Es geht um hinwendungsvolle Betreuung und allseitige Förderung, insbesondere im Gebrauch der Sprache.

Wir halten es auch nicht für vertretbar, dass darüber hinaus Kinder nicht die Kindertagesstätte in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung, in ihrem Dorf, in ihrem Kiez nutzen können, weil sie eine Behinderung haben und deshalb die wenigen, oft entfernten Einrichtungen aufsuchen müssen, die die erforderliche Barrierefreiheit

und die adäquate Fachbetreuung und -förderung vorhalten können. Es ist gewiss ein gewichtiger Fortschritt, dass alle diese Einrichtungen Kinder mit und ohne Behinderung besuchen können. Aber es sind zu wenige. Es ist unser längerfristiges Ziel, in jeder Kindereinrichtung qualifizierte Voraussetzungen zur inklusiven Betreuung, Förderung und Bildung zu schaffen.

Auf dem Weg zu längerem gemeinsamen Lernen – Sekundarschulen stärken

Vielen Kindern und Jugendlichen wird der Zugang zu anspruchsvollen Bildungsangeboten verwehrt. Viel zu früh werden sie sortiert und auf ein Bildungsgleis gesetzt, das die künftige Richtung ihres Bildungsweges bestimmt. Damit wächst die Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft. Entfaltungsmöglichkeiten werden eingeschränkt. Längeres gemeinsames Lernen heißt für uns, dass alle Kinder und Jugendlichen Zugang zu vielfältigen Bildungsangeboten haben, dass alle Kinder und Jugendlichen sich optimal und uneingeschränkt entwickeln können, dass sie mit- und voneinander lernen und dass Konfliktfähigkeit und ein soziales Miteinander wachsen können. Die engagierte Arbeit der Lehrkräfte ist dafür unerlässlich. Ihre Kompetenz zu erfolgreichem Umgang mit der Vielfalt der Leistungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen wollen wir durch Aus- und Fortbildung stärken, damit individuelles Fördern und Fordern in der Schule besser zum Tragen kommt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schulsozialarbeit nachhaltig in die Schulstruktur integriert wird.

Wir wollen unverzüglich damit beginnen, dafür die Voraussetzungen zu schaffen, und nachhaltige Entwicklungsprozesse einleiten. Die bestehenden Defizite im Schulwesen dulden keinen Aufschub.

Die Grundschule als bewährte Schulform wollen wir erhalten und weiterentwickeln. In ihr sollen alle Kinder gemeinsam lernen; eine Empfehlung zum Besuch von Förderschulen soll nur noch in besonderen Fällen ausgesprochen werden oder auf Antrag der Eltern erfolgen.

Mit Hilfe umfassender Beratung durch die Lehrerinnen und Lehrer sollen Eltern und Kinder selbst über die Wahl der weiterführenden Schule entscheiden.

Vor allem die Sekundarschulen wollen wir durch eine spürbare Qualitätsentwicklung der Bildungsangebote und den schrittweisen Ausbau von Ganztagsangeboten stärken. Polytechnische und naturwissenschaftliche Lernfelder sollen auch mit Blick auf eine künftige berufliche Ausbildung ausgeprägt werden. Das Lernniveau muss sich für alle mindestens am Ziel des Realschulabschlusses orientieren, den deutlich mehr Absolventinnen und Absolventen erreichen sollen. Darüber hinaus wollen wir an allen Sekundarschulen in den Schuljahrgängen 5 bis 9 schrittweise gymnasiale Angebote schaffen. Man soll sich darauf verlassen können: auch wenn ich die Sekundarschule am Ort wähle, steht mir der direkte Weg zum Abitur offen. Auf diesem Weg sollen Sekundarschulen eine attraktive Alternative zu den Gymnasien werden, beide Schulformen sollen sich gemeinsam mit den bestehenden Gesamtschulen zu gleichwertigen Bildungsangeboten in den Klassenstufen fünf bis neun entwickeln.

Die Gymnasien müssen sich ebenfalls ändern. Ein »Abschulen« nach formalen Leistungskriterien an Sekundarschulen soll es nicht mehr geben. Alle Schülerinnen und Schüler sollen auch in dieser Schulform angenommen werden und individuelle Förderung erwarten können. Die in dieser Schulform in den letzten Jahren sträflich vernachlässigte technische Bildung wollen wir aufwerten. An Gymnasien sollen alle Abschlüsse vergeben werden.

Beides, die Stärkung der Sekundarschulen und die Veränderungen an den Gymnasien, soll dazu beitragen, längeres gemeinsames Lernen Schritt für Schritt zu ermöglichen und die Aufteilung der Schülerinnen und Schüler auf unterschiedliche Schulformen bereits nach der 4. Klasse langfristig zu überwinden, was in einem zweiten Reformschritt zur Allgemein bildenden Gemeinschaftsschule führen wird.

Die Ergebnisse des Bildungskonvents veranlassen uns, dem Landtag in der nächsten Legislaturperiode vorzuschlagen, erneut ein repräsentatives bildungspolitisches Gremium zu berufen, das in der demokratischen Tradition der Runden Tische die Umsetzung der Schulreform begleitet. Wir verstehen Schulreform als ein lernendes System, in dem Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen sowie Schülerinnen und Schüler eingeladen sind, mit zu gestalten, mit zu diskutieren und mit zu entscheiden.

Für ein gesundes und bezahlbares Mittagessen für alle Kinder in Kita und Grundschule

Eine hohe und immer noch steigende Zahl von Kindern muss in Sachsen-Anhalt unter schwierigen materiellen und finanziellen Bedingungen aufwachsen – sei es, weil ihre Eltern den Lebensunterhalt von Transferleistungen bestreiten müssen, im Niedriglohnsektor arbeiten oder ihr Budget durch andere Belastungen stark geschmälert ist. Alle wissen, dass diese Kinder oft ohne Frühstücksbrot in die Schule oder den Kindergarten kommen und dort kein warmes Mittagessen bezahlen können. Wen Hunger quält, der kann nicht unbeschwert lernen und spielen. Und wer nicht mit am gemeinsamen Mittagstisch mit den Klassenkameradinnen und -kameraden oder den Spielgefährtinnen und -gefährten Platz nehmen darf, der oder die gehört auch nicht richtig dazu. Mancherorts kommt dieser gemeinsame Mittagstisch schon gar nicht mehr zustande, weil der Preis für das Essen von vielen nicht mehr gezahlt oder die Zeit zu knapp wird, um noch in Ruhe zu essen.

DIE LINKE tritt für ein Förderprogramm des Landes ein, das allen örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe – bemessen an der Gesamtzahl aller in den Kindereinrichtungen und Grundschulen betreuten und lernenden Kinder – Mittel zur Verfügung stellt. Damit soll allen Kindern ein gesundes warmes Mittagessen ermöglicht werden, das für bedürftige Kinder den Preis von 1 Euro nicht übersteigt. Die Träger der Kindereinrichtungen und Grundschulen sollen gleichzeitig dafür werben, dass wieder mehr Kinder am gemeinsamen Mittagessen teilnehmen, und dafür angemessene Bedingungen schaffen.

Förderung und Integration in Schule und Berufsausbildung verbessern

An den Schulen sollen die Lernprozesse so gestaltet werden, dass sie alle Kinder erreichen und alle ihre Fähigkeiten und Talente sowie besondere Begabungen gefördert werden.

Damit werden sich auch die Voraussetzungen verbessern, Jungen und Mädchen wirkungsvoller differenziert zu fördern. Die spezifischen Potenziale der Jungen und Mädchen beim Lernen müssen analysiert und erschlossen, alt hergebrachte Geschlechterrollen, auch bei der Berufsorientierung und Berufsberatung, in Frage gestellt und Benachteiligungen konsequent überwunden werden. Vor allem der Entwicklung der Jungen gebührt größere Aufmerksamkeit.

In der kommenden Wahlperiode werden wir unsere Anstrengungen darauf richten, die personellen Voraussetzungen für die gemeinsame Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen zu schaffen bzw. auszubauen.

Die vorhandenen Kompetenzen und die Ressourcen der Förderschulen sollen in immer stärkerem Umfang vor allem für die Regelschule nutzbar werden. Alle Schulen – Regelschulen und Förderschulen – sollen in regionalen Netzwerken verbunden sein, in die Kindertagesstätten und andere Bildungseinrichtungen einbezogen werden können.

In der beruflichen Bildung setzen wir uns – auch angesichts der absehbaren demografischen und sozialen Entwicklung – zur Förderung benachteiligter Jugendlicher für effektivere Ausbildungsformen ein, die systematisch mit der betrieblichen Praxis verbunden sind.

Das bestehende Netz der Berufsausbildungsstätten soll für Aufgaben der beruflichen Aus- und Weiterbildung weitgehend erhalten bleiben. Das erfordert Profilbildung, regionale und überregionale Koordinierung und den Ausbau von Kooperationen.

Berufsbildende Schulen sollen einen wachsenden Beitrag zur Entwicklung polytechnischer Angebote vor allem an den Sekundarschulen leisten.

Studieren ohne Barrieren – Innovationsfähigkeit ausbauen

Sachsen-Anhalt braucht kluge Köpfe. Bildung ermöglicht jungen Menschen ein selbstbestimmtes Leben und die Teilhabe an Arbeit, an Demokratie, an Kultur und Kunst und allem anderen, was die Gesellschaft zu bieten hat. Deshalb wollen wir, dass die Zugänge zu akademischer Bildung für immer mehr junge Menschen eröffnet werden. Zugleich wollen wir Barrieren, die am Studieren hindern, Schritt für Schritt abbauen. Vor allem junge Menschen aus den weniger gut betuchten Familien wollen wir für ein Studium gewinnen. Studiengebühren wird es deshalb mit uns nicht geben. Auch Gebühren, die bereits jetzt für viele Studierende eine hohe soziale Hürde sind, das Studium erfolgreich und zügig zu absolvieren, wollen wir schrittweise abschaffen. Zusätzliche Aufnahmekriterien im Hochschulgesetz sollen entfallen.

Derzeit sind die Hochschulen in Sachsen-Anhalt unterfinanziert. Damit wird der Zugang zu hoher Bildung erschwert und die Erfüllung unverzichtbarer Aufgaben der Hochschulen gefährdet. Streichungen an den Hochschulbudgets darf es darum unter den derzeitigen Bedingungen nicht geben.

Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Studierenden mit Bachelorabschluss ihr Studium in einem Masterstudiengang fortsetzen können. Erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschulen muss der Weg zur Promotion besser als bisher eröffnet, Benachteiligungen

müssen überwunden werden. Studieren heißt auch mitzugestalten und mitzubestimmen. Grundsätzliche Fragen über die Entwicklung und die Profilbildung an den Hochschulen sollen durch die demokratisch gewählten Gremien beraten und entschieden werden. Lehre und Forschung sollen familienfreundlich und sensibel für die unterschiedlichen Lebenslagen von Studierenden, von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern gestaltet werden – für das Studieren mit Kindern, für das Leben mit Behinderungen oder für finanzielle Notsituationen.

Hochschulen und Forschungsinstitute leisten einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung der Wissenschaft, zu Innovation, sozialer Stabilität und sozialem Fortschritt. Wir wollen, dass in Sachsen-Anhalt auf der Basis einer soliden Grundlagenforschung Wissenschaft mehr qualifizierte, dauerhafte Arbeitsplätze schafft, die Nachhaltigkeit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung stärkt, Kultur pflegt und bereichert sowie Demokratie und Weltoffenheit im Land fördert. Das schließt den gesellschaftlichen Diskurs über den verantwortungsvollen Umgang mit wissenschaftlichen Erkenntnissen und das Betreiben von Risikoforschung ein. Die Innovationspolitik des Landes ist auf die Stärkung der Forschungs- und Entwicklungspotenziale in den Unternehmen zu richten. Die erreichte Technologieführerschaft auf den Gebieten der regenerativen Energien, der Entwicklung neuartiger Chemie- und Kunststoffe u. a. bestimmen wesentlich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes. Die Hochschulen müssen noch besser in die Lage versetzt werden, Wissenstransfer und weitere Kooperationsbeziehungen mit der Wirtschaft bedarfsgerecht und mit hohem Gewinn für die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt zu gestalten. Die Stärkung des Innovationspotenzials des Landes erfordert den Ausbau des Sektors der wissenschafts- und forschungsorientierten Unternehmen und der Serviceunternehmen für Technologietransfer, Beratung und Qualifikation. Hier tragen auch die Unternehmen des Landes eine Mitverantwortung.

Voraussetzungen für Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt schaffen

Immer mehr Menschen werden im persönlichen wie im gesellschaftlichen Alltag, im kulturellen und wirtschaftlichen Leben durch vielfältige Barrieren in ihrer Mobilität und Lebensqualität eingeschränkt. Es sind nicht mehr nur Menschen mit Behinderungen, die an erhebliche Hürden geraten, auch die zunehmende Gruppe der älteren Bürgerinnen und Bürger und die chronisch Kranken brauchen allseitige Barrierefreiheit. Eine barrierefrei gestaltete Umwelt macht das Leben für alle angenehmer und leichter, nicht zuletzt auch für die Kinder. Barrierefreiheit ist die unverzichtbare Voraussetzung, allen Menschen die Teilhabe an der Gesellschaft, an demokratischen Entscheidungen, an Kultur, Bildung und Information zu ermöglichen und ihnen gleiche Chancen zu gewähren, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Damit kann die Gesellschaft die Kreativität, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen, die vielfältigen Impulse, die von ihnen ausgehen, effektiver nutzen und gleichzeitig ihr Selbstwertgefühl stärken.

Eine Schlüsselfrage sehen wir in der Zugänglichkeit. Es ist erforderlich, dass auch gehandicapte Menschen Gebäude besuchen, Beförderungsmittel, Straßen und andere öffentliche Einrichtungen weitgehend gefahrlos nutzen können. Barrierefreiheit geht aber weit darüber hinaus, sie schließt Kommunikation und Information ein.

Wir werden dafür sorgen, dass die Ausnahmeregelungen in der Landesbauordnung, die es immer noch erlauben, in Sachsen-Anhalt beim Bau von den Grundsätzen der Barrierefreiheit abzuweichen, deutlich eingeschränkt werden. Verstöße dagegen sind genauso mit Sanktionen zu ahnden, wie Verstöße z. B. gegen den Brandschutz. Insbesondere dort, wo Investitionen mit öffentlichen Fördermitteln getätigt werden, vor allem beim Neu- und Umbau öffentlicher Einrichtungen und im allgemeinen Wohnungsbau, muss Barrierefreiheit zwingend durchgesetzt werden. Wir gehen davon aus: Je selbstverständlicher und früher die Belange der Barrierefreiheit bedacht werden, umso weniger zusätzliche Kosten entstehen. Schrittweise wollen wir das Ziel erreichen, dass alle öffentlichen Gebäude, Kommunikationsportale und Informationsquellen wirklich für alle zugänglich sind.

Armut und Ungerechtigkeit verhindern – Sozialziele vereinbaren

Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungerechtigkeit muss eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden. Der Anteil von Familien, vor allem auch der allein erziehender Eltern, die in finanziellen Notlagen leben, ist in Sachsen-Anhalt sehr viel höher als in vielen anderen Bundesländern. Ihr Alltag ist mit vielfältigen und schwerwiegenden Konflikten belastet. Oftmals leiden Kinder unter solchen Lebensbedingungen. Viele der Betroffenen nutzen die breit gefächerten Angebote sozialer Dienstleistungen und Beratungsstellen. Diese dürfen in ihrem Bestand nicht gefährdet werden. Wir wollen dafür sorgen, dass die finanzielle Förderung vieler ehrenamtlicher und professioneller Beratungen auch in Zukunft gewährleistet wird. Es geht uns darum, die kommunale Sozialpolitik in die Lage zu versetzen, entsprechend dem Bedarf vor Ort ein zuverlässiges Netz von Beratungsstellen so zu fördern, dass Synergieeffekte und Vernetzungen unter den Akteurinnen und Akteuren entstehen.

Moderne linke Sozialpolitik will und muss sich an konkreter Verbesserung der sozialen Lage von Bürgerinnen und Bürgern messen lassen. Deshalb wollen wir im Rahmen einer Landessozialkonferenz mit Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und weiteren engagierten Vereinen und Verbänden Sozialziele für Sachsen-Anhalt erarbeiten. Solche Ziele sollen am Ende einer Legislaturperiode die Möglichkeit eröffnen, Auskunft darüber zu geben, wie es gelungen ist, die Teilhabe an Bildung und sozialen Angeboten – vor allem für Kinder und Jugendliche – zu verbessern, und offenbaren, was getan werden muss, um ihre Entwicklungschancen weiter zu fördern.

Konkrete Hilfe für Drogenabhängige statt Kriminalisierung

Wir stehen für eine Drogenpolitik der Aufklärung und körperlichen Gesunderhaltung. Die Kriminalisierung von Rauschmittel konsumierenden Menschen schafft durch die Zerstörung von Lebensläufen, Vertrauensverhältnissen, Freundschaften

und Familien mehr Probleme, als sie vorgibt zu lösen. Wir setzen auf die enge Verbindung von Vorsorge durch sachgerechte Aufklärung mit ausstiegsorientierten Hilfen, Drogenersatzstoffen und weiteren Gesundheitshilfen für Schwerstabhängige. Zugleich setzen wir uns ein für notwendige Projekte der Therapie- und Nachsorge; dazu gehören insbesondere Hilfe zur Selbsthilfe, Rechts- und Sozialberatung sowie Hilfe zur Reintegration in Beruf oder Ausbildung.

Wir treten für eine Änderung des Betäubungsmittelrechts im Sinne einer deutlichen Liberalisierung ein. Wir wollen Nichtverfolgungsgrenzwerte, die bei Bagatellgebrauch Strafverfolgung durch Beratung ersetzen, wie es auch in anderen Bundesländern, z. B. in Berlin oder auch in Schleswig-Holstein, gehandhabt wird.

Für eine gute ärztliche Versorgung

Ärztemangel macht sich zunehmend sowohl in Krankenhäusern als auch in der ambulanten Betreuung bemerkbar. Lange Wege und lange Wartezeiten sind längst keine Seltenheit mehr – gerade in den dünn besiedelten Regionen unseres Landes. Hier unterstützen wir die laufenden Bemühungen der Selbstverwaltung von Kassen und Ärzten zur besseren Versorgung des ländlichen Raumes, z. B. durch Filialpraxen, den Einsatz mobiler Praxisassistentinnen und Praxisassistenten oder die Schaffung poliklinischer Strukturen. Hochschulen und Universitäten sollen auch einen Beitrag zur zukünftigen Minderung des Ärztemangels in Sachsen-Anhalt leisten. Eine Bindung der Studierenden, nach ihrem Abschluss im ländlichen Raum tätig zu werden, soll durch geeignete Anreize gewährleistet werden.

Bezogen auf die Krankenhauslandschaft stehen wir für eine wirtschaftlich vernünftige Verteilung von Basis- und Spezialversorgung, mit der für die ambulante Versorgung vor allem im fachärztlichen Bereich Kooperationspunkte geschaffen werden sollen.

Vielfältige Lebensweisen gleichstellen

DIE LINKE ist verlässliche Partnerin im Engagement für die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender. Homophobie und Diskriminierung dulden wir nicht, sondern setzen uns aktiv für die Akzeptanz von Vielfalt ein.

Wir wollen über den Bundesrat die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare einfordern. Vor allem an den Schulen wollen wir Bildungsangebote verankern, die unterschiedliche Lebensweisen einbeziehen. Selbst organisierte Strukturen sollten gestärkt und gefördert werden.

II. Soziale Verantwortung beginnt vor Ort – Städte und Gemeinden stärken – Keine Region abhängen – Bürgerbeteiligung ausbauen

Für starke Kommunen – Bürgerbeteiligung ausbauen

Die Gemeinden, Städte und Landkreise sind Ausgangspunkt unseres demokratischen Gemeinwesens. Sie bilden gleich zweifach ein wichtiges Element für die Teilhabe aller. Zum einen haben sie die Aufgabe, ganz unmittelbar den Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf die Angelegenheiten in ihrem unmittelbaren Umfeld zu sichern. Zum anderen entscheidet die Sicherung der öffentliche Daseinsvorsorge hier vor Ort darüber, ob alle Menschen in Sachsen-Anhalt unabhängig von ihrem sozialen Status ihre Vorstellungen einbringen und ihre Chancen nutzen können.

Die fatale These vom schlanken Staat, der die meisten Lebensbereiche dem Markt überlässt und seine eigenen Ressourcen und Kompetenzen immer weiter beschneidet, hat gerade in den Kommunen deutliche Spuren hinterlassen. Oft fehlen die notwendigen Mittel, um die öffentliche Daseinsvorsorge für alle Menschen zu garantieren. Demokratische Entscheidungsprozesse werden nicht selten zur Farce, wenn es praktisch nichts mehr zu entscheiden gibt, weil die Kassen leer sind und das Eigentum verkauft ist. Viele Gemeinden, vor allem im ländlichen Raum, haben darüber hinaus Angst, in eine Abwärtsspirale aus Abwanderung, Kaufkraftverlust, Überalterung und Verlust von Wirtschaftskraft gezogen zu werden. DIE LINKE nimmt diese Probleme ernst. Wir wollen uns in den nächsten Jahren dafür einsetzen, dass die Landeszuweisungen an die Kommunen in Sachsen-Anhalt wenigstens wieder auf das Niveau der Jahre 2008 und 2009 in Höhe von 1,7 Milliarden Euro angehoben werden. Damit sollen die Kommunen in die Lage versetzt werden, trotz der radikalen Einnahmeverluste in Folge der Wirtschaftskrise und einer verfehlten Steuerpolitik die Grundlagen der öffentlichen Daseinsvorsorge in den nächsten Jahren zu erhalten. Wir wissen, dass eine aufgabenbezogene Finanzausstattung der Kommunen durch das Land bei etwa zwei Milliarden Euro liegen würde. Eine solche Summe kann das Land jedoch erst dann den Kommunen erstatten, wenn auf der Bundesebene eine verbesserte Einnahmesituation der Länder durchgesetzt wird.

Die wirtschaftliche Basis der Gemeinden und Landkreise muss durch eigene kommunale Wirtschaftsunternehmen gestärkt werden. Kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ist für viele Kommunen ein wichtiges Standbein zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region. Kommunale Unternehmen sollen im Wettbewerb mit privaten wieder gleichberechtigt am Markt agieren können. Die öffentliche Auftragsvergabe soll künftig mit dem Ziel einer verstärkten Kooperation kommunaler und privater Unternehmen zur nachhaltigen Entwicklung von regionalen Wirtschaftskreisläufen erfolgen.

Das Gemeindewirtschaftsrecht ist unverzüglich diesen Anforderungen anzupassen. Unverzichtbare Partner dieser Prozesse sind die Sparkassen der Kreise und kreisfreien Städte.

Keine Region darf von der gesellschaftlichen Entwicklung abgeschnitten werden. Deshalb ist es wichtig, die fünf Planungsregionen des Landes (Altmark, Harz, Anhalt, Magdeburg, Halle) zu stärken und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre eigenen Entwicklungspotenziale zu entfalten. Dazu müssen jedoch in allen fünf Regionen starke Oberzentren existieren. Dies bedeutet, dass zum einen endlich die drei kreisfreien Städte Halle, Magdeburg und Dessau-Roßlau im Finanzausgleichsgesetz gleichwertig und dass zum anderen die beiden kreisangehörigen Städte Halberstadt und Stendal finanziell und in der Landesplanung wie Oberzentren behandelt werden müssen.

Das Rückgrat der öffentlichen Daseinsvorsorge sollen nach unseren Vorstellungen 24 Mittelzentren in Sachsen-Anhalt sein. Diese müssen in jedem Landstrich wichtige soziale, kulturelle und infrastrukturelle Angebote vorhalten und vom Umland mit öffentlichen Verkehrsmitteln problemlos mindestens zweimal am Tag erreichbar sein. Sie sollen gerade in den Teilen des Landes Sachsen-Anhalt, die besonders stark von Bevölkerungsverlust betroffen sind, verlässliche Zentren bilden.

In den neu entstandenen Verbands- und Einheitsgemeinden sollen die Menschen eigenständig über die örtliche Verteilung der Daseinsfunktionen entscheiden können. Deshalb ergibt die zentrale Ausweisung von Grundzentren aus unserer Sicht in Zukunft keinen Sinn mehr.

Teilhabe für alle bedeutet für uns nicht nur die Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge, sondern auch die Möglichkeit für alle, an den kommunalen Entscheidungen mitzuwirken. DIE LINKE will darum die Arbeitsmöglichkeiten der ehrenamtlichen kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger verbessern, um zu verhindern, dass auch diese Mitwirkungsmöglichkeit durch die eigene soziale Situation beschnitten wird.

Darüber hinaus setzen wir uns für die Stärkung der direkten Bürgerbeteiligung im Land und in den Kommunen ein. Das betrifft sowohl die Verbesserung der Möglichkeiten von Bürgerbegehren und -entscheiden, die Absenkung der Quoren als auch die Anwendung von Instrumenten wie den Bürgerhaushalt. Andere Bundesländer sind hier deutlich weiter und können Vorbild für Sachsen-Anhalt sein.

Selbstbestimmt und aktiv im Alter

Die Potenziale älterer Menschen werden immer noch unterschätzt. DIE LINKE unterstützt einen gewandelten Blick auf das Alter und die Wünsche älterer Menschen, sich in der Gesellschaft einzubringen und ihre Erfahrungen weiterzugeben. Alter ist für uns ein Lebensabschnitt mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, der nicht einfach auf Rente, Pflege oder Kosten reduziert werden darf. Altersdiskriminierung lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Wir wollen, dass die Lebensleistungen der älteren Generation geachtet und die Fähigkeiten, Kompetenzen und das Gestaltungspotenzial der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger gefördert und genutzt werden.

Um die Selbstvertretungsrechte von Seniorinnen und Senioren zu stärken, soll es in Sachsen-Anhalt ein Senioren-Vertretungs-Gesetz geben oder eine Regelungen in der Gemeinde- und Landkreisordnung, die den Seniorenvertretungen in den Kommunen eine verlässliche Grundlage für ihre Arbeit gibt.

Über Bildung mehr vor Ort entscheiden – Jugendarbeit langfristig sichern

Die kommunalen Kompetenzen in Bezug auf Bildung sollen deutlich gestärkt werden. Wir wollen dazu anregen, viele Akteurinnen und Akteure in wirksamen Netzwerken für Bildung und regionalen Bildungslandschaften zusammenzuführen. Neben der Erhöhung der Attraktivität der Städte und Gemeinden sowie der Bildungsqualität vor allem an den Schulen sollen auf diesem Wege regionale Ressourcen für Bildung erschlossen und effektiver genutzt werden.

Den Landkreisen und kreisfreien Städten müssen wichtige Entscheidungskompetenzen in der Schulentwicklungsplanung übertragen werden. Die demokratischen Vertretungskörperschaften der Kommunen sollen in Zusammenarbeit mit den Schulbehörden erweiterte Möglichkeiten bei der Ausgestaltung der Schulformen, zur Zusammenfassung und Kooperation von Schulen untereinander und mit anderen Bildungs-, Wissenschafts- und Kultureinrichtungen sowie für regional spezifische Angebote im schulischen Bereich erhalten. An allen Sekundarschulen sollen Ganztagsangebote entwickelt werden.

Thematisch breit gefächerte Angebote der Jugend- und Erwachsenenbildung, der kulturellen und sportlichen Bildung in den Städten und Gemeinden müssen weiter gefördert werden. Es sind neue Ideen gefragt, dass auch auf dem Lande und in kleineren Städten diese Angebote für Jung und Alt gut erreichbar sind. Die Palette reicht von der kulturellen Bildung im Gemeindehaus bis zur Seniorenuniversität. Anregungen sich zu bilden und geeignete Möglichkeiten dazu zu finden – diese Faktoren erlangen über den gesamten Lebensbogen wachsende Bedeutung für Lebensqualität, Demokratie, kulturelle Entwicklung und beruflichen Erfolg.

Jugendarbeit knüpft an den Interessen junger Menschen an, sie wird von ihnen mitgestaltet und ist damit wichtiger Bestandteil gesellschaftlicher Partizipation. Für die Jugendarbeit auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte ist der weitere Erhalt der Landesprogramme Jugendpauschale und Fachkräfteprogramm wichtige Voraussetzung – dafür setzt sich DIE LINKE ein. Die auf Landesebene überregional tätigen Jugendverbände werden auch weiterhin wichtige Partner sein. Ziel linker Landespolitik ist es deshalb, den Jugendverbänden eine dauerhafte und verlässliche Finanzierungsgrundlage zu garantieren.

Teilhabe an sportlichen Angeboten für alle Menschen sichern

In den Sportvereinen in Sachsen-Anhalt engagieren sich ca. 360 000 Kinder und Jugendliche, Frauen und Männer für gesundheitliche und leistungsfördernde Angebote, verbunden mit Spaß, Orientierung und Motivation. Sie sind damit unverzichtbar für den sozialen Zusammenhalt in den Städten und Gemeinden unseres Landes. Sport zu treiben muss auch

künftig für jede und jeden bezahlbar sein. Wir sprechen uns deshalb für die Beibehaltung der unentgeltlichen Nutzung kommunaler Sportstätten für den Vereins- und Breitensport aus.

Die Finanzierung der Arbeit in den Kreis- und Stadtsportbünden muss auch künftig auf sicheren Füßen stehen, ihre Verantwortung für die Entwicklung des Sports in der Region wollen wir stärken.

Zugang zum schnellen Internet überall ermöglichen

Leistungsfähige Breitbandnetze zum schnellen Informations- und Wissensaustausch sind aus Sicht der LINKEN Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie sind nicht weniger bedeutend als Straßen und Schienen oder als Gas-, Wasser- und Stromverteilernetze. Vom Standortnachteil eines fehlenden schnellen Internetzugangs sind keineswegs nur die ländlichen Regionen betroffen. Auch in den Ballungszentren und deren Umland gibt es noch genügend »weiße Flecken«. Die Netzinfrastruktur darf jedoch nicht mit Steuergeldern ausgebaut werden, um anschließend allein den Gewinninteressen von privaten Unternehmen überlassen zu bleiben.

Ein solidarisches Kulturfördergesetz auf den Weg bringen

Sachsen-Anhalt ist reich an kulturellen Schätzen aus seiner Geschichte und Gegenwart. Zu ihnen zählen bedeutende Baudenkmale und vielfältige weitere Zeugnisse weltlichen und geistlichen kulturellen Schaffens, Zeugnisse des Ringens der Menschen um Demokratie und Freiheit sowie eine breit gefächerte Landschaft von Theatern, Orchestern, Museen, Bibliotheken, Galerien und weiteren Orten kulturellen und musischen Lebens. Diesen kulturellen Reichtum gilt es zu erhalten, zu pflegen und zu mehren.

Wir wollen alle Anstrengungen unternehmen, dass jede und jeder und im besonderen Maße die junge Generation daran teilhaben können. Dies ist im Sinne eines humanistischen Bildungsideals unverzichtbar, zugleich aber auch ein wichtiger Quell von Kreativität, gesellschaftlichem und kulturellem Engagement. Gerade kulturelle Einrichtungen können einen unschätzbaren Beitrag leisten für die Entwicklung einer demokratischen und zivilen Gesellschaft, in der Toleranz, Solidarität und Freiheit das Leben aller prägen.

DIE LINKE geht davon aus, dass das nur möglich bleiben wird, wenn alle gemeinsam die damit verbundenen – auch erheblichen finanziellen – Aufgaben schultern und für kulturelle Bildung, für kulturelles Engagement, für kulturelle Teilhabe insgesamt werben. Deshalb wollen wir rechtliche Grundlagen schaffen, die kommunale Netzwerke und Kulturverbünde in verschiedenen Bereichen ermöglichen und in unterschiedlicher Weise fördern. Wir treten dafür ein, mit Landesmitteln überregional bedeutsame Kultureinrichtungen verlässlich mitzufinanzieren und so Anstrengungen verschiedener Träger, die sich zu kulturellen Netzwerken verbunden haben, zu unterstützen. Darüber hinaus muss für besondere Angebote im Landesinteresse, wie Theater und Orchester, die Landesförderung fortgesetzt werden.

Wenn Einrichtungen und Kulturstätten von Bürgerinnen und Bürgern verschiedener Kommunen genutzt

und besucht werden, soll auch deren Finanzierung und Unterhaltung solidarisch geteilt werden. Die Entstehung solcher Verbünde wollen wir stärker als bisher fördern.

Sozialtickets für einkommensschwache Personen flächendeckend einführen und bezuschussen

Teilhabe hängt ganz wesentlich von Mobilität ab. Das betrifft die Erreichbarkeit von Kindergarten und Schule genauso wie die von Handelseinrichtungen, Ärzten und Krankenhäusern. Der Zugang zu immer mehr Bereichen des öffentlichen Lebens ist von der Verfügung über ein eigenes Auto abhängig. Dies ist nicht nur umweltschädlich, sondern schließt in einer älter werdenden Gesellschaft immer mehr Menschen, besonders Frauen, aus. Deshalb müssen wir das Angebot des öffentlichen Verkehrs auf Schiene und Straße als Alternative sichern und darüber hinaus wichtige Angebote der Daseinsvorsorge in zumutbarer Entfernung gewährleisten. All das nützt jedoch nichts, wenn Menschen mit niedrigem Einkommen von der Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel ausgeschlossen werden, weil sie deren Preise nicht bezahlen können.

DIE LINKE schlägt die Einführung von Sozialtickets vor, die für einkommensschwache Personen einen deutlich reduzierten Fahrpreis im jeweiligen Landkreis oder der kreisfreien Stadt ermöglichen. Dies wird für die Träger des Öffentlichen Personennahverkehrs keinen finanziellen Verlust bedeuten, da über einen solchen Weg zusätzliche Fahrgäste gewonnen und der Auslastungsgrad öffentlicher Verkehrsmittel verbessert werden. Wir wollen als Land Sachsen-Anhalt innerhalb des geltenden ÖPNV-Gesetzes diejenigen Kommunen, die ein solches Sozialticket einführen, besser bezuschussen als diejenigen, die dies nicht tun. Unser Ziel ist es, dass in allen Landkreisen und kreisfreien Städten in Sachsen-Anhalt flächendeckend solche Tarife angeboten werden.

Gutes, sicheres und bezahlbares Wohnen für alle

Das Vorhalten von bedarfsgerechtem Wohnraum ist einer der wichtigsten Bestandteile der Daseinsvorsorge. Deswegen darf dieser Bereich nicht allein dem Markt überlassen werden, sondern verlangt einen starken kommunalen und genossenschaftlichen Sektor. Allerdings stehen sowohl die Kommunen als auch die entsprechenden Wohnungsunternehmen häufig unter starkem Druck. Entweder sollen sie durch den Verkauf von Wohnungen ihre desolate Finanzsituation verbessern oder tragen hohe Belastungen, u. a. durch Leerstand auf Grund des Bevölkerungsrückganges. Oftmals erscheint dann eine Privatisierung alternativlos. Um das zu verhindern, wollen wir bei der Investitionsbank des Landes einen Fonds für Tilgung und Zinshilfen zur Ablösung von Krediten der Wohnungsunternehmen einrichten. Darüber hinaus soll hier die Möglichkeit von Liquiditätshilfen und der Bereitstellung von Kreditsicherheiten geprüft werden.

Das Land muss gegenüber dem Bund auf eine langfristige Planungssicherheit bei den Bundesfinanzhilfen für den Stadtumbau Ost hinwirken. Daneben muss sich das Land für die endgültige Lösung der Altschuldenproblematik beim Bund einsetzen. Sowohl für die Kommunen als auch für die Wohnungsunternehmen ist es dringend erforderlich, menschenwürdige Wohnverhältnisse auch für die

Betroffenen von Hartz IV zu gewährleisten. Deshalb treten wir für die Wiederaufstockung des Anteils des Bundes an den Kosten der Unterkunft ein.

Um Fördermittel bei den Kommunen auch wirklich ankommen zu lassen, befürworten wir den Einsatz von Mitteln kommunaler Gesellschaften und Zweckverbänden als kommunale Eigenmittel.

Verbraucherschutz geht alle an

Verbraucherschutz geht alle an. Jede und jeder ist Verbraucherin oder Verbraucher von Gütern, Finanzprodukten oder Dienstleistungen. Deregulierung von staatlichen Monopolen, neue Vertragsformen, Lebensmittel- oder Müllskandale stellen neue Herausforderungen für die Gesellschaft und jede und jeden einzelnen dar.

DIE LINKE setzt sich für eine stärkere Verankerung des Verbraucherschutzes im öffentlichen Bewusstsein ein und fordert die nachhaltige Stärkung der Verbraucherrechte. Dazu gehört für DIE LINKE ein umfassendes Recht auf Information und Transparenz und eine kontinuierliche Anpassung des Verbraucherschutzes an die technische und wirtschaftliche Entwicklung. Neue Kennzeichnungs- und Nachweispflichten der Unternehmen müssen dabei ebenso durchgesetzt werden, wie die Ausweitung der Produzentenhaftung und die Verbesserung des Geschädigtenschutzes.

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt fordert als einen ersten Schritt die Bündelung des Verbraucherschutzes im Ministerium für Gesundheit und Soziales. Es soll als Kompetenzzentrum und zentraler Ansprechpartner für Fragen des Verbraucherschutzes dienen. Zugleich setzt sich DIE LINKE für die nachhaltige Förderung der Initiativen und Organisationen des Verbraucherschutzes in den Landkreisen und kreisfreien Städten ein und unterstützt die Bildung regionaler Netzwerke des Verbraucherschutzes in Sachsen-Anhalt.

III. Standorte fördern – Öffentlichem Dienst eine Zukunft geben – Mindestlöhne durchsetzen – Öffentlich geförderte Beschäftigung schaffen – Erneuerbaren Energien Vorrang geben

Von der Unternehmensförderung zur Standortförderung

Unverzichtbar bleibt für uns als LINKE der Anspruch, eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung Sachsen-Anhalts in einem mittelfristigen Zeitraum zu erreichen. Das produzierende Gewerbe und die modernen Agrarstrukturen sind in Sachsen-Anhalt traditionell tragende Säulen einer stabilen wirtschaftlichen Infrastruktur. Die wirtschaftspolitischen Ressourcen des Landes sind zielgerichteter auf den Ausbau der vorhandenen Potenziale zu orientieren. Motivierte und selbstbewusste Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind für uns unverzichtbare Voraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung.

Linke Wirtschaftspolitik ist mehr als nur Förderpolitik. Sie umfasst auch Ordnungspolitik, Genehmigungsverfahren, Kartellrecht, Preispolitik sowie die Stärkung tariflicher, sozialer und arbeitsrechtlicher Standards, die Herstellung von Chancengleichheit für Frauen und Männer und die Gewährleistung demokratischer Teilhabe in Unternehmen.

DIE LINKE fordert die Neuausrichtung der Fördermittelvergabe für einen Einstieg in den sozial-ökologischen Umbau des Wirtschaftssystems, um Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Bei weniger werdenden Mitteln steht für uns im Mittelpunkt staatlicher Förderpolitik die Stärkung des Standortes als Wettbewerbsfaktor und nicht die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des einzelnen Unternehmens. »Leuchttürme« sind für uns nicht die einzelnen Unternehmen, sondern gut aufgestellte Regionen. Die Fördermittelvergabe sollte nicht mehr mit Blick auf die betriebswirtschaftlichen Effekte eines Unternehmens, sondern auf die volkswirtschaftlichen Effekte für Sachsen-Anhalt erfolgen. Neue Investitionen müssen primär der Erweiterung bestehender Branchenkapazitäten und der Vertiefung der regionalen Wertschöpfungsketten und damit auch der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen dienen.

Für DIE LINKE ist der Ausbau bestehender und die Entwicklung neuer Netzwerke – auch über die Landesgrenzen hinaus – zur Verstärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe, zur Erhöhung der Fertigungstiefe und des Wertschöpfungsanteils in der Region sowie zur Branchen übergreifenden Kooperation vorrangig. Wir orientieren auf den Ausbau der regionalen anstatt der logistisch geprägten Wertschöpfung.

Landesmittel für Forschung und Entwicklung sind gezielter für die Entwicklung innovativer Produkte

der klein- und mittelständischen Wirtschaft des Landes und zur Sicherung der Rohstoffbasis durch die Gewinnung neuartiger Rohstoffe auf der Basis von Biomasse und Kohle sowie zur Entwicklung moderner Stoffkreisläufe einzusetzen. Durch eine Prioritätensetzung bei der Umsetzung der Operationellen Programme EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) und ESF (Europäischer Sozialfonds) wollen wir ab 2014 die Förderprogramme stärker auf Beschäftigte als auf Unternehmen konzentrieren. Vorgesehen ist eine Aufteilung der Mittel zu je 50 Prozent ESF und EFRE. Bei den Fördermaßnahmen aus dem Landeshaushalt streben wir eine deutliche Erhöhung des Anteils von zinsgünstigen Darlehen anstatt verlorener Zuschüsse an. Wir wollen die erweiterte Inanspruchnahme der aus öffentlichen Mitteln gespeisten revolvierenden Fonds über die Investitionsbank befördern, bei denen die Tilgungseinnahmen in den Fonds zurückfließen und sofort für die Vergabe weiterer Kredite zu Verfügung stehen.

Wir wollen eine Änderung der Kriterien für die Fördermittelvergabe hinsichtlich des Zuwachses an Arbeitsplätzen, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, familienfreundlicher Arbeitsbedingungen und Einkommen sowie des verminderten und nachhaltigen Verbrauchs an Energie und Rohstoffen. Öffentliche Förderung von Unternehmen muss auch an die Qualität von Arbeit, an faire Bezahlung, die Schaffung von unbefristeten Vollzeitarbeitsplätzen und die Gewährung vom Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sich einen Betriebsrat zu wählen, gebunden werden.

Die Einrichtung eines Nachhaltigkeitsbeirates als ständiges Beratungsorgan für Parlament und Regierung halten wir für eine unabdingbare Voraussetzung zur Prüfung politischer Entscheidungen auf ihre Nachhaltigkeit. Dazu streben wir einen industrie- und strukturpolitischen Dialog mit Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Arbeitgeberverbänden, Kammern, Kommunen und regionalen Wirtschaftsfördergesellschaften sowie Technologie- und Gründerzentren an.

Für eine stärkere Tarifbindung und Mindestlöhne

Die öffentliche Hand muss einen wirksamen Beitrag dafür leisten, dass Unternehmen gewinnbringende Aufträge erhalten, die Beschäftigten ordentlich bezahlt werden und der Verwaltungsaufwand weiter gesenkt wird. Zudem ist zu berücksichtigen, dass zum 1. Mai 2011 die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit innerhalb der Europäischen Union in Kraft treten. DIE LINKE will die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an konkrete ökologische Standards und an Tarifvereinbarungen oder einen Mindestlohn binden. Wir bestehen darauf: Mit öffentlichen Mitteln darf kein Lohn- und Preisdumping befördert werden. Für DIE LINKE ist dieses Vorgehen Voraussetzung, um soziale und ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft zusammenzubringen.

DIE LINKE wird darum ein neues Vergabegesetz für öffentliche Aufträge in den Landtag einbringen. Dabei wollen wir die Erfahrungen aus Berlin und Brandenburg berücksichtigen und insbesondere darauf achten, dass eine EU-konforme Tariftreue-

regelung geschaffen wird. Das Vergabegesetz soll in den Bereichen Tariftreue, Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau, umweltverträgliche Beschaffung sowie im Bereich der Kontrollen und Sanktionen verbindliche Regelungen enthalten. Erzeugnisse und Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit dürfen bei öffentlichen Vergaben keine Verwendung finden. Insbesondere ist die Bindung an die nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz fixierten Löhne zu beachten. Soweit es für bestimmte Branchen keine Tarifverträge gibt oder die dort vorgesehenen Tariflöhne den Lohn von 8,50 Euro unterschreiten, ist eine Mindestentlohnung von 8,50 Euro pro Stunde festzuschreiben. Wir sind davon überzeugt, dass ein solches Gesetz Wettbewerbsverzerrungen, die durch den Einsatz von Niedriglohnkräften entstehen, entgegenwirkt und zur Entlastung der sozialen Sicherungssysteme beiträgt. Damit soll verhindert werden, dass Unternehmen zu Lasten der Sozialkassen ihre Gewinne maximieren, indem den Beschäftigten keine existenzsichernden Löhne gezahlt werden und der Staat ergänzende Sozialleistungen zahlen muss. Wir werden die Einführung dieses Gesetzes gemeinsam mit den Gewerkschaften, den Umweltorganisationen, den Arbeitgeberverbänden und Kammern beraten, um eine breite Akzeptanz und hohe Rechtssicherheit zu gewährleisten.

Die Einführung eines solchen Vergabegesetzes für alle öffentlichen Aufträge wäre eine erste Etappe auf dem Weg zu einem bundesweiten flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro.

Sachsen-Anhalt als attraktiver Arbeitgeber – 1200 zusätzliche Neueinstellungen notwendig

Ein gutes öffentliches Bildungswesen, die Gewährleistung von öffentlicher Sicherheit und eine gute Verwaltung sind Voraussetzungen für die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft. Dafür brauchen wir einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst.

Die Beschäftigten im Landesdienst Sachsen-Anhalt haben in den letzten 20 Jahren die öffentlichen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger zuverlässig erfüllt. Nunmehr steht der Öffentliche Dienst vor entscheidenden Herausforderungen. Über viele Jahre gab es fast keine Neueinstellungen. Bis zum Jahr 2016 werden jedoch mehr als 11 000 berufserfahrene Fachkräfte den Landesdienst altersbedingt verlassen. Damit steht fest: Sachsen-Anhalt braucht in den kommenden Jahren eine große Anzahl gut ausgebildeter junger Menschen. DIE LINKE weiß, dass der Bedarf an jungen Fachkräften in vielen Bereichen weit höher sein wird, als Personen und auch materielle Ressourcen zur Verfügung stehen.

Die jetzige Landesregierung plant laut gültigem Personalentwicklungskonzept (PEK 2009) in den Jahren von 2011 bis 2016 rund 4250 Neueinstellungen. Diese Zahl wird nicht ausreichen, um die Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes auf gutem Niveau aufrecht zu erhalten. Unter den derzeitigen demografischen, finanziellen und Wettbewerbsbedingungen ist dieses Defizit nicht kurzfristig auszugleichen. DIE LINKE will dennoch bis 2016 zusätzlich mindestens 1200 Neueinstellungen realisieren.

Aktuell sind über 15 000 Lehrerinnen und Lehrer an den allgemein bildenden

staatlichen Schulen im Dienst, fast 3000 befinden sich in der Freistellungsphase der Altersteilzeit. Bis zum Schuljahr 2015/2016 werden über 5000 erfahrene Pädagoginnen und Pädagogen aus Altersgründen den Schuldienst verlassen. Gemessen am derzeitigen Bedarf erwächst bis 2016 die Notwendigkeit, Lehrkräfte in der Größenordnung von über 3000 Vollzeitstellen neu einzustellen. Wenn wir endlich Prioritäten richtig setzen und die Kapazitäten der Staatlichen Seminare und an den Universitäten zügig ausbauen, könnten wir aus eigener Kraft 1700 davon realisieren. Darüber hinaus wird auch noch weiteres pädagogisches Fachpersonal benötigt.

Bis zum Jahr 2016 verlassen über 1770 Beamte den Polizeivollzugsdienst. Bei der derzeitigen Ausbildungskapazität werden im gleichen Zeitraum nur rund 900 junge Polizistinnen und Polizisten nachrücken. Unverzüglich muss deshalb damit begonnen werden, die Ausbildungskapazität schrittweise auf 300 Plätze pro Jahrgang zu erhöhen. Ab 2014 sind weitere Kapazitäten zu erschließen, um die noch steigende Anzahl der Altersabgänge bis 2020 wenigstens teilweise kompensieren zu können.

Unsere Hochschulen sind attraktiv. Die Zahl der Studierenden wird auch in den kommenden Jahren voraussichtlich nicht deutlich unter 50 000 sinken. Aktuell studieren 52 000 junge Menschen in Sachsen-Anhalt. Damit liegt die Zahl der Studierenden um ca. 10 000 über der Kapazität, die für das jetzt existierende Hochschulpersonal berechnet wurde. Deshalb ist es absolut unrealistisch, in der nächsten Legislaturperiode von einer Personalreduzierung in diesem Bereich auszugehen.

DIE LINKE strebt die Übernahme aller an, die erfolgreich eine Ausbildung im Landesdienst abgeschlossen haben. Sie sollen eine Perspektive haben, sei es im Allgemeinen Verwaltungsdienst oder in einer spezialfachlichen Richtung. Für einen Wettbewerb mit anderen Ländern und der freien Wirtschaft um kluge Köpfe ist der Öffentliche Dienst auf Landesebene derzeit schlecht aufgestellt. Deshalb muss Sachsen-Anhalt für die Beschäftigten und für junge Fachkräfte ein attraktiver Arbeitgeber werden.

Öffentlich geförderte Beschäftigung mit Mindestlohn

DIE LINKE setzt sich für ein neues Leitbild in der Arbeitsmarktpolitik ein, das darauf gerichtet ist, die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit zu beseitigen und die Erwerbslosigkeit zu senken. Wir wollen den Einstieg in den Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit Mindestlohn (ÖBS) verwirklichen, um die soziale Integration der Betroffenen und ihre gesellschaftliche Teilhabe wiederherzustellen und zu sichern. Wir wollen gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Arbeit in Bereichen ermöglichen, die bisher nicht abgedeckt werden, weil die öffentliche Hand keine Finanzierungsspielräume hat oder die Wirtschaft davon nicht profitiert.

DIE LINKE will in der kommenden Legislaturperiode 5000 Arbeitsplätze in diesem Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor schaffen. Wir sehen Einsatzfelder im sozialen Bereich, in der Betreuung von Kindern und Jugendlichen, in der Landschaftspflege, im Freizeitsport, in der Unterstützung der Arbeit von Vereinen und im kulturellen Bereich.

Es wird ein Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor mit Arbeitsstellen installiert, die tariflich nicht unter einem Mindestlohn von 8,50 Euro vergütet werden. Die Beschäftigung soll an das Prinzip der Freiwilligkeit gebunden werden, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen nicht zugewiesen werden. Es werden Beschäftigungsverhältnisse begründet, die außerhalb von Hartz IV sozialversicherungspflichtig und bis zu einer Laufzeit von drei Jahren angelegt sind. Die Beschäftigung soll klar auf gemeinnützige Aufgaben beschränkt sein und darf keine Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt ersetzen. Dabei streben wir bei der Einführung des Projektes eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunen, den Trägern sowie den ARGEN und Optionskommunen an.

Wir wollen dabei dem Grundsatz folgen, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, und Chancen für Menschen eröffnen, die nur geringe Aussichten haben, eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden, und für die von längerfristigen Transferleistungen ausgegangen werden muss.

Vorrang für erneuerbare Energie

DIE LINKE betrachtet Energie- und Klimaschutzpolitik als eine Einheit. Bei jeder energiepolitischen Entscheidung sind die klimarelevanten Aspekte umfassend mit einzubeziehen. Wir betrachten die dringend notwendige Steigerung der Energieeffizienz und das Energiesparen als Herausforderung für innovatives Denken und Handeln in jedem Bereich des gesellschaftlichen und privaten Lebens. Vorrang für erneuerbare Energien zu schaffen heißt, regionale Kreisläufe und dezentrale Lösungen verstärkt zu entwickeln und auszubauen.

Die von der Bundesregierung verfügte Verlängerung der Laufzeit der deutschen Atomkraftwerke und die Aussicht, mit der CCS-Technologie die traditionelle Verstromung von Kohle auf hohem Niveau noch um mehrere Jahrzehnte verlängern zu können, werden sich spürbar hemmend auf den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien auswirken. Die Verpressung von Kohlendioxid in der Altmark bedeutet für die Menschen ein Leben in ständiger Sorge vor einem unbemerkten Austreten von Kohlendioxid. Sie verhindert die Erschließung der vorhandenen geothermischen Potenziale und behindert auch einen Ausbau der Nutzung der Windenergie. Darüber hinaus wird die weitere touristische Entwicklung rund um den Arendsee in Frage gestellt. DIE LINKE lehnt deshalb die Endlagerung von Kohlendioxid in den zur Neige gehenden Erdgasfeldern der Altmark auch zu Versuchszwecken ab.

DIE LINKE steht für die Festlegung konkreter Ziele für den Klimagasausstoß, den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz für das Jahr 2020. Wir wollen mit unserem Handeln eine Senkung der kraftwerkseitigen Kohlendioxidemissionen im Strom- und Wärmesektor um mindestens zehn Prozent gegenüber 2010 und eine Steigerung des Anteils von Strom- und Wärmebereitstellung aus erneuerbaren Energien auf mindestens 50 Prozent erreichen. Wir wollen in der kommenden Legislaturperiode eine Energie- und Klimaschutz-Agentur im Land einrichten. Hier sollen diese Ziele überwacht, Beratung geleistet sowie Kommunikation, Vermittlung von Erfahrungen sowie Kooperationen gebündelt werden.

Neben dem Pilotprojekt Harz sollen weitere Projekte für virtuelle Kraftwerke und zur Stromspeicherung begonnen werden. Die Nutzung von Tagebaurestlöchern als mögliche Pumpspeicherreservoire ist zu prüfen. Ländliche, gering besiedelte Gebiete halten wir für besonders geeignet, um dezentrale Energiesysteme mit einem sehr hohen Grad der Eigenerzeugung zu realisieren.

Die Windenergie trägt den höchsten Anteil an erneuerbarer Energie. Als Flächenausbauziel für die Errichtung von Windkraftanlagen soll langfristig 1 Prozent der Landesfläche festgeschrieben werden. Geeignete Flächen für Photovoltaik-Anlagen wollen wir in einem landesweiten Kataster erfassen und zur Nutzung öffentlich ausschreiben. Die energetische Biomassenutzung betrachten wir als Ergänzung der Nahrungsgüterproduktion, die auf der verstärkten Nutzung der Rest- und Abfallstoffe basiert. Die Nutzungsmöglichkeiten tiefer Geothermie sollen durch das Land geprüft und ihre Anwendung gegebenenfalls vorbereitet werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz nicht nur für Neubauten, sondern auch für Bestandsbauten wirksam wird. Wir wollen solche Rahmenbedingungen schaffen, dass der Umbau der Leitungsnetzstruktur entsprechend den Erfordernissen der erneuerbaren Energien vorgenommen wird.

Entwicklung der ländlichen Räume

DIE LINKE will den Anbau, die Verarbeitung und die regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse für die Ernährungswirtschaft mit besonderer Priorität fördern. Es geht uns um die Entwicklung der ländlichen Räume durch die Stärkung der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft auf der Grundlage regionaler Wirtschafts- und Stoffkreisläufe sowie einer ökologisch und bedarfsgerecht ausgerichteten Produktion.

Die Produktion, Vermarktung und vorwiegend eigenbetriebliche sowie regionale Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen und Energieträgern sowie Abprodukten der land- und forstwirtschaftlichen Produktion sollen zielgerichtet für die Schaffung weiterer Arbeitsplätze im ländlichen Raum genutzt werden.

Die Stellung der Landwirte am Markt muss gestärkt werden, um der Marktmacht der Nahrungsgüterkonzerne und Handelsketten entgegenzuwirken. Dazu wollen wir die Förderung regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstandorte gezielt ausbauen. Eine zunehmende Konzentration im Bereich der Produktion und Verarbeitung halten wir für kontraproduktiv gegenüber der regionalen Entwicklung. Die Genehmigungsverfahren hinsichtlich zugelassener Betriebsgrößen und Auswirkungen auf die lokalen Unternehmen müssen überprüft werden.

Wir stehen für die Stärkung der Direktvermarktung in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft Sachsen-Anhalts unter Beachtung einer standortgerechten Produktion, der Förderung von Kooperationen und der Zusammenarbeit der Direktvermarkter vor Ort.

Die Förderung des Anbaus und der regionalen Verarbeitung von nachwachsenden Rohstoffen und Energieträgern sowie von Abprodukten betrachten wir als wesentliche

Grundlage zur Sicherung der Rohstoffbasis der einheimischen Wirtschaft.

DIE LINKE wird sich weiterhin für eine soziale und ökologische Landwirtschaft einsetzen. Dazu gehören Mindestlöhne für Bäuerinnen und Bauern ebenso wie Tier- und Naturschutz. Bei der anstehenden Reform der europäischen Agrarpolitik (GAP) müssen Klima-, Natur- und Tierschutz sowie neue Arbeitsplätze statt billige Massenproduktion gefördert werden.

Wir unterstützen Initiativen für gentechnikfreie Regionen im Land und setzen uns für die Stärkung des Rechts auf nationale Anbauverbote in der EU ein. Zulassungs- und Kennzeichnungsvorschriften müssen so streng sein, dass die Interessen der gentechnikfreien Landwirtschaft und Imkerei gesichert bleiben.

Zum Schutz des Waldes als wesentlichem Bestandteil der uns umgebenden Natur und für eine nachhaltige Bewirtschaftung favorisieren wir eine integrierte Forstwirtschaft.

Sanfter Tourismus im ländlichen Raum ist durch das Bewahren und den Schutz einer intakten Natur und Kulturlandschaft sowie durch ein regionales bzw. ortsspezifisches Angebot von Produkten und Leistungen aus der Land- und Ernährungswirtschaft und anderen Bereichen des ländlichen Raumes zu gestalten. Das hohe touristische Potenzial unserer Flussauen an Elbe und Saale darf nicht durch Wasserstraßenausbau- und Kanalbauprojekte gefährdet werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass ein Landeskompetenzzentrum für ländliche Räume gebildet wird, das vorrangig der Vermittlung von Erfahrungen und der gezielten Beratung der Akteure vor Ort für die regionale Entwicklung dient.

IV. Demokratie stärken – Bürgerrechte schützen

Öffentliche Sicherheit und die Wahrung der Grundrechte gehören zusammen

In den letzten Jahren wurde die Sorge der Bürgerinnen und Bürger um die öffentliche Sicherheit oftmals dazu benutzt, Grund- und Freiheitsrechte massiv einzuschränken. Damit wollten die Regierenden glauben machen, dass dies der richtige Weg sei, Sicherheit zu garantieren. Wir wenden uns insbesondere gegen die Informations-Sammelwut der CDU-geführten Bundesregierungen der letzten Jahre. Ein mündiger Bürger ist nur derjenige, der weiß, was der Staat oder auch der private Arbeitgeber über ihn weiß. Diese Grundlage des demokratischen Rechtsstaates wird jedoch stetig ausgehöhlt. Deswegen setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, das Recht der informationellen Selbstbestimmung sowohl gegenüber dem Staat als auch gegenüber dem Arbeitgeber deutlich zu stärken. Dies betrifft auch das Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Land Sachsen-Anhalt.

DIE LINKE setzt sich für eine angemessene Präsenz der Polizei in der Fläche und gegen eine sich ausbreitende Videoüberwachung ein, die die öffentliche Sicherheit nicht garantiert, aber das Gefühl der andauernden Überwachung vermittelt. Um statt Videokameras Polizistinnen und Polizisten auf der Straße zu haben, brauchen wir neben der Erhöhung von Ausbildungskapazitäten auch die Optimierung polizeilicher Strukturen, um die Effizienz des Polizeivollzugs zu sichern. Revierpolizistinnen und -polizisten sowie Polizeikontaktbeamte als unmittelbare Ansprechpartner erhöhen das objektive und subjektive Sicherheitsempfinden und beugen Straftaten vor.

DIE LINKE sieht in der Rasterfahndung eine Bedrohung der rechtsstaatlichen Unschuldsvermutung. Deshalb lehnen wir dieses Instrument ab.

Aus unserer Sicht schränkt das aktuelle Versammlungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt die Meinungs- und Versammlungsfreiheit unzulässig ein. Aus diesem Grund ist eine Änderung dieses Gesetzes mit dem Ziel der Aufhebung des festgeschriebenen Versammlungsverbotes an bestimmten Tagen und Orten unabdingbar.

Wir setzen uns für die Kennzeichnungspflicht uniformierter Polizeibeamter ein. DIE LINKE unterstützt die Einrichtung einer Beschwerdestelle Polizei außerhalb des klassischen Dienstweges, räumlich und personell getrennt vom Innenministerium. Sie soll sowohl für Angehörige der Polizei offen stehen als auch Ansprechstelle für Bürgerinnen und Bürger sein.

Öffentliche Daten auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen

Eine starke Demokratie lebt davon, dass nicht nur dem Parlament und der Regierung öffentliche Daten zur Verfügung stehen, die Grundlage politischer Entscheidungsprozesse sind. Bürgerinnen und Bürgern müssen Möglichkeiten geschaffen werden, sich an demokratischen Prozessen der Gesellschaft zu beteiligen.

Daher müssen öffentliche Daten, wie z. B. anonyme statistische Daten über die Bevölkerung oder Geodaten, zur freien Nutzung bereitgestellt werden.

Auf der anderen Seite betrachten wir mit Sorge, dass sowohl privatwirtschaftliche als auch staatliche Institutionen in eine Datensammelwut verfallen und so sukzessive der gläserne Bürger entsteht. Wir werden allen Bestrebungen entgegen treten, bei denen persönliche Daten gesammelt, ohne Wissen der Betroffenen zentral gespeichert und zu Profilen ausgewertet werden. Ergebnisse aus Gutachten, welche die Regierung oder eine Fraktion aus öffentlichen Geldern finanziert, sind ebenso zur freien Verwendung und technisch auswertbar zu veröffentlichen. Als Partei DIE LINKE sind wir der Überzeugung, dass frei verfügbare Daten eine der Grundlagen einer partizipativen Demokratie im 21. Jahrhundert sind.

Integration statt Ausgrenzung – Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten

Menschen flüchten vor Krieg, Armut und Gewalt, sie sind auf der Suche nach Sicherheit und Zukunft. Schaffen sie den Weg – oftmals unter Lebensgefahr – in die »Festung Europa« und erreichen Deutschland, erwartet sie eine weit reichende Sondergesetzgebung. Das Landesaufnahmegesetz in Sachsen-Anhalt schreibt Flüchtlingen die Unterbringung in Sammelunterkünften vor. Eine menschenwürdige Unterbringung gewährleisten diese oft maroden Behausungen nicht. In abgelegenen Gebieten isolieren sie Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten, die dort oft Jahre verbringen. Selten gelingt es den Betroffenen, auf ihre Situation aufmerksam zu machen und organisiert dagegen zu protestieren, wie in den vergangenen Monaten in Möhlau.

Die gesetzlichen Regelungen der »Residenzpflicht« bestimmen für Menschen im Status des Asylverfahrens oder der Duldung über ihren Wohnort und ihre Bewegungsfreiheit. Asylsuchende in Sachsen-Anhalt können sich nur in einem der drei definierten Bereiche bewegen, in die das Land unterteilt ist. Um den Bereich verlassen zu können, bedarf es einer Erlaubnis, die bisher oft gebührenpflichtig ist. Verstöße gegen die Residenzpflicht haben im Wiederholungsfall strafrechtliche Konsequenzen.

DIE LINKE lehnt ein Strafrecht ab, das nur Nichtdeutsche treffen kann. Die entsprechenden Personenkontrollen auf Bahnhöfen und Flughäfen sind eindeutig mit optischen Merkmalen verknüpft. Soziale Ausgrenzung darf nicht noch durch politische Ausgrenzung sekundiert werden. Im Einklang mit außerparlamentarischen Initiativen und anderen Landesverbänden der LINKEN fordern wir die generelle Abschaffung der Residenzpflicht. Dies kann nur auf Bundesebene beschlossen werden. Bis zu dieser Möglichkeit setzen wir uns für jede praktische Verbesserung ein, wie die prinzipielle Gebührenfreiheit und die Genehmigung von Sammelerteilungen für die wiederholte Möglichkeit, sich innerhalb Sachsen-Anhalts und Deutschlands frei zu bewegen. Integration von Menschen setzt voraus, dass diese selbstverständlicher und gleichberechtigter Teil einer Gesellschaft sind. Im Landesaufnahmegesetz muss der Vorrang der Sammelunterbringung zugunsten der Unterbringung in Wohnungen gestrichen werden. Da dies in der Regel wirtschaftlicher ist, kommt es hier vor allem auf den politischen Willen an.

Für Menschen mit jahrelangen Kettenduldungen wurde 2009 die »Aufenthaltserlaubnis auf Probe« um weitere zwei Jahre verlängert. Dies schließt aber durch die Stichtagsregelung (1. Juli 1999) Flüchtlinge aus, die erst danach nach Deutschland geflohen sind. Wir fordern die Abschaffung der Dauerduldung, damit Asylbewerberinnen und Asylbewerber nicht in der ständigen Angst vor Abschiebung leben müssen.

Für besondere Gruppen, wie ehemalige »Kontingentflüchtlinge«, gibt es andere Probleme für ein selbstbestimmtes Leben in Deutschland. Vielen dieser Menschen, die aus humanitären Gründen über einen unbegrenzten Aufenthaltstitel verfügen, oder Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion fehlt die Anerkennung ihrer beruflichen und akademischen Abschlüsse. DIE LINKE setzt sich für eine Neuregelung dieser Verfahren ein.

Menschen ohne Staatsbürgerschaft und Nicht-EU-Bürger, die dauerhaft in Sachsen-Anhalt leben, sollen wie EU-Bürgerinnen und EU-Bürger auch an kommunalen Wahlen teilnehmen können. Es gibt keinen Grund, Menschen, die dauerhafter Teil des örtlichen Gemeinwesens sind, von politischen Entscheidungen fernzuhalten.

Stärkung der Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus, eine ansteigende Zahl von rechten Straf- und Gewalttaten sowie die schleichende Toleranz rechtsextremen Gedankenguts einschließlich intoleranter Einstellungsmuster in weiten Teilen der Bevölkerung sind eine zunehmende Bedrohung für das demokratische Gemeinwesen in Sachsen-Anhalt.

Um den Angriffen auf die Demokratie wirksam begegnen zu können, bedarf es zuallererst eines gesellschaftlichen Klimas, welches vor allem von Mitbestimmung und Demokratie, Hinschauen sowie der Wahrung von Menschenrechten geprägt ist. Aus Sicht der LINKEN ist es demnach unabdingbar, Demokratie und Zivilgesellschaft zu stärken und demokratische Werte und Normen zu verteidigen. DIE LINKE in Sachsen-Anhalt appelliert an alle demokratischen Kräfte dieses Landes, die gemeinsame Verantwortung im Kampf gegen Rechtsextremismus auch künftig wahrzunehmen und breite zivilgesellschaftliche antifaschistische Bündnisse auf allen Ebenen gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus zu bilden.

Aktionstage und andere Events können Menschen sensibilisieren, informieren und Impulse geben. Die dauerhafte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus ist allerdings konkret und geschieht vor Ort – im Sport, in der Schule, im Gemeinderat. Und sie ist eine Auseinandersetzung nicht nur mit organisierten Rechtsextremen sondern auch mit Alltagsrassismus und Vorurteilen. In den letzten Jahren ist die Sensibilisierung für diese Probleme gestiegen und viele Menschen engagieren sich gegen rechte Umtriebe. Der Beratungsbedarf kommunaler Akteure durch Fachträger, Expertinnen und Experten ist hoch. Das bedeutet letztendlich für DIE LINKE in Sachsen-Anhalt, den Strukturen, Vereinen und Organisationen, die sich dieser Aufgabe stellen, dauerhafte

und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Finanzierung von gewachsenen Strukturen und bewährten zivilgesellschaftlichen Modellen muss daher langfristig abgesichert werden und darüber hinaus bei der Bildung neuer Netze unterstützend wirken.

Hilfen für Opfer rechter Gewalt müssen flächendeckend in Sachsen-Anhalt angeboten und Beratungsstellen ausgebaut werden. Hier gilt es, die Arbeit von Mobilen Beratungsteams sowie Opferberatungsprojekten langfristig zu fördern.

Die Finanzierung der Beratungsangebote ist bisher im Zusammenspiel von Bund und Ländern gewährleistet worden. In der Weiterführung der Bundesprogramme ab 2011 wird DIE LINKE darauf drängen, die Kriterien und das Antragsverfahren schnell zu veröffentlichen und zu vereinfachen. Ansonsten droht mit dem Auslaufen der alten Förderphase der Zusammenbruch bestehender Netzwerke. Wir brauchen Kontinuität und Verlässlichkeit, statt einer parteipolitisch instrumentalisierten Extremismusdiskussion.

DIE LINKE will mit der Fortsetzung und Umsetzung ihres Landesprogramms »Für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt« den Kampf gegen den Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt als Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche verankern. Es richtet sich an alle, die bereit sind, für ein demokratisches und tolerantes Sachsen-Anhalt einzutreten, und versteht sich als Beitrag der LINKEN, das »Netzwerk für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt«, dem mittlerweile rund 230 Projektpartner angehören, zu stärken.

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist zugleich eine Herausforderung an alle Demokratinnen und Demokraten, die der Antifaschismus als Lehre aus der deutschen Geschichte verbindet. DIE LINKE in Sachsen-Anhalt tritt für die Aufnahme einer antifaschistischen Klausel in die Verfassung des Landes von Sachsen-Anhalt ein, wonach die Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankenguts für verfassungswidrig erklärt werden soll. Eine solche Klausel wäre ein deutliches Zeichen gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus.

Die NPD ist die zurzeit stärkste rechtsextreme Organisation und die wichtigste Schnittstelle zur parteiunabhängigen Rechten. Im Landtagswahlkampf wird die NPD versuchen, sowohl gezielt zu provozieren als auch als Biedermänner aufzutreten. Die menschenverachtende Ideologie der NPD und der Neonazis ist und bleibt antidemokratisch. Gemeinsam mit allen Demokratinnen und Demokraten müssen wir den Einzug der NPD in den Landtag von Sachsen-Anhalt verhindern! DIE LINKE setzt sich weiterhin für ein Verbot der NPD ein.

V. Demokratisierung der Haushaltspolitik – mit Verschuldung verantwortungsbewusst umgehen

Für DIE LINKE sind stabile öffentliche Haushalte eine wichtige politische Zielgröße. Angesichts der tief greifenden Finanz- und Wirtschaftskrise verbunden mit zusätzlichen, politisch gewollten Einnahmeverlusten der öffentlichen Haushalte ist dieses Ziel eine große Herausforderung und nicht von einem Land allein zu leisten. Die entscheidenden Weichenstellungen müssen auf EU- und Bundesebene passieren. Und doch muss auch auf Landesebene ein Haushalt erarbeitet werden, der sich nicht aus der sozialen Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger stiehlt und sich darüber hinaus einer weitgehenden Verantwortung für die Kommunen stellt. Wegen sinkender Einnahmen wird es auch künftig ein Schwerpunkt der Arbeit der LINKEN sein, mit größtmöglicher Transparenz und unter breiter öffentlicher Debatte die Aufgaben des Staates herauszuarbeiten, die für die Bürgerinnen und Bürger erfüllt werden müssen und welcher Preis dafür zu zahlen ist.

Immer wieder müssen wir alle Aufgaben des Haushaltes einer radikalen und kritischen Überprüfung unterziehen. Nachhaltigkeit muss ein entscheidendes Kriterium für Investitionen und die Vergabe von Fördermitteln sein.

DIE LINKE hat sich wiederholt für eine Demokratisierung von Haushaltspolitik eingesetzt. Mit dem Landeshaushalt wird über die Belange vieler Menschen, von Kommunen, Institutionen, Vereinen und Verbänden entschieden. Darum ist es notwendig, dass diese Entscheidungen mit ihnen erarbeitet werden, auch wenn nicht alle Wünsche erfüllt werden können. Ein Grundansatz unserer Politik war und ist, Entscheidungen möglichst weit nach unten zu verlagern. Aufgaben, die vor Ort erfüllt werden können, sollen auch dort erledigt werden. Aus der letzten, gescheiterten Funktionalreform wissen wir, dass man dazu einen langen Atem braucht und vor allem Partner in der Verwaltung im Land aber auch in den Kommunen.

Auch als LINKE können wir das Problem der Verschuldung des Landes und seiner Kommunen nicht ignorieren. Einerseits wurde uns durch die Föderalismuskommission II ein Verbot der Nettoneuverschuldung bei gleichzeitigem Abbau der Schulden durch eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes aufgezwungen. Damit wurde sowohl den Landespolitikern abgesprochen, dass sie verantwortungsbewusst mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger umgehen, als auch der Politik jeglicher Gestaltungsraum genommen. Andererseits beschränken auch die Schulden selbst den Spielraum von Land und Kommunen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat sich wiederholt mit dieser Problematik auseinandergesetzt und letztlich zu dem Grundsatz bekannt, dass zur Haushaltskonsolidierung und Haushaltsgestaltung im Sinne von Strukturentwicklung und von Stabilität des Landes in Zeiten der Krise eine moderate Schulden-

aufnahme zu verantworten ist. Die dadurch zur Verfügung stehenden Mittel sollten aber auf der Grundlage klarer Kriterien wie geschlechtergerechte Verteilung, Zukunftsfähigkeit, Wertschöpfung, Nachhaltigkeit und Innovation sowie Schaffung von Arbeitsplätzen genutzt werden.

Das Landeswahlprogramm 2011 wurde von der 3. Tagung des 2. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 23. Oktober 2010 beschlossen.

Impressum

Herausgeber:
Jenny Schulz, Landesgeschäftsführerin
der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg
lgst@dielinke-lsa.de
Telefon: 0391/732 48 40
Fax: 0391/732 48 48

www.waehlt-dielinke.de